

Der Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa

DOKUMENT 1

Beschluss des Bundeshauptausschusses¹

Die Grünen werden Mitglieder in der Europäischen Koordination mit dem Ziel, einen Beitrag zu leisten für

- einen verbesserten Erfahrungsaustausch und für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen GRÜNEN, alternativen und radikalen Parteien
- für die Förderung eines themenbezogenen Dialogs, in Form von Arbeitstreffen, Seminaren etc. zum Beispiel zur Militarisierung Europas, Agrarpolitik, Frauen etc.
- für die Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung von grenzübergreifenden Aktionen.

Die GRÜNEN kennen und respektieren die unterschiedlichen Positionen und Situationen in den einzelnen Ländern. Die GRÜNE Europäische Koordination hat für uns nicht die Funktion, eine «GRÜNE Internationale» aufzubauen.

DOKUMENT 2

Grüne treten europäischer Koordination grüner Parteien bei²

Norbert Kostede, Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN, erklärt:

Am Samstag, den 7. März 1987 werden DIE GRÜNEN aus der Bundesrepublik einer europäischen Koordination grüner Parteien beitreten. Diese Koordination mit Sitz in Brüssel hat den Namen «DIE GRÜNEN IN EUROPA» und vereinigt bislang Parteien aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Irland, den Nieder-

1 Quelle: Protokoll der BHA-Sitzung, 14.2. bis 15.2.87, Haus Wittgenstein bei Bonn, S. 2, in: AGG, B.I.1., vorl. Sign. 508.

2 Quelle: Presseerklärung des Bundesvorstands, Pressedienst Nr. 47/87, Datum: 6.3.1987, in: AGG, B.I.1., vorl. Sign. 881.

landen und Schweden. Mit dem Beitritt von Parteien aus weiteren Ländern, etwa dem Beitritt der «Grünen Alternative» aus Österreich, wird gerechnet.

Ziel der bundesdeutschen GRÜNEN ist ein verbesserter Erfahrungsaustausch und die Förderung von Sachdebatten zwischen grünen, alternativen und radikalen Parteien. Vor allem jedoch geht es uns um die Entwicklung von grenzübergreifenden Aktionen. Grenzüberschreitende Bedrohungen wie militärische Aufrüstung, Atomkraftwerke, das Waldsterben, die Vergiftung der Nordsee oder des Mittelmeeres zwingen zu grenzübergreifenden, internationalen Kampagnen. Die Zusammenarbeit grün-alternativer Parteien ist eine Grundvoraussetzung dafür, daß es zu ökologisch-sozialen Reformen in allen Ländern Europas kommen kann.

DIE GRÜNEN aus der Bundesrepublik werden auf der Brüsseler Konferenz an diesem Wochenende durch Norbert Kostede und Brigitte Berthold (Mitglieder im Bundesvorstand) vertreten sein.

DOKUMENT 3

Antrag der BAG Internationalismus an die 9. Ordentliche Bundesversammlung DIE GRÜNEN, 1. – 3. Mai 1987³

1. Die Bundesversammlung kritisiert, daß der BHA-Beschluß vom 14./15.2. übereilt und inhaltlich unvorbereitet zustande kam. Er wurde ohne innerparteiliche Diskussion (z.B. mit der Europaparlamentsgruppe und der BAG Internationalismus) gefasst.
2. Der BHA-Beschluß wird rückgängig gemacht. DIE GRÜNEN treten aus der «Europäischen Koordination Grüner Parteien» wieder aus.
3. DIE GRÜNEN treten bis auf weiteres keinem internationalen Parteienzusammenschluß bei und werden dies nur aufgrund eines Bundesversammlungs-Beschlusses tun.

3 Quelle: 9. Ordentliche Bundesversammlung, Duisburg 1987, Initiativantrag V 25, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

Kommentar

Im letzten Jahrbuch haben wir den Nichtbeitritt der bundesdeutschen Grünen zu der im Januar 1984 gegründeten europäischen Organisation Die Grünen in Europa dokumentiert und erläutert, den tatsächlichen Beitritt drei Jahre später sind wir noch schuldig. Das soll hier nachgeholt werden.

Der wesentliche Grund für den Nichtbeitritt war, dass 1983/84 auf europäischer Ebene die Ausdifferenzierung der post-1968er- und der Umweltbewegungen noch nicht abgeschlossen war. Namentlich die deutschen Grünen hatten sich nach ihrer Gründung auf ein grün-linksalternatives Projekt orientiert. Die Gründung der Grünen in Europa war dagegen von der strategischen Erwartung begleitet, dass nur eine strikt umweltpolitische Orientierung erfolgversprechend sein könne. Für diese Perspektive sprachen die jüngsten Wahlerfolge grüner Parteien in der Schweiz, Belgien und Deutschland. Sie hatten die Erwartung geweckt, bei der Europawahl 1984 eine grüne Fraktion im Europaparlament bilden zu können, wenn man angesichts befürchteter antikommunistischer Haltungen beziehungsweise wegen der Konkurrenz kommunistischer Parteien in einigen europäischen Staaten mit einem eigenständigen grünen Profil antreten würde. Beide Perspektiven scheiterten, da sich im Allgemeinen weder die nicht-kommunistischen post-1968er Linksparteien auf eine links-ökologische Partei-gründung zubewegten, noch die rein-grüne Kandidatur zum Europaparlament erfolgreich war. Das europäische grüne Projekt dümpelte deshalb vor sich hin. Für die deutschen Grünen stellte sich die Beitrittsfrage vorerst nicht.

Dass dann der am 7. März 1987 vollzogene Beitritt beinahe noch einmal rückgängig gemacht worden wäre, ist deshalb so erstaunlich nicht. Die Grünen in Europa als Koordinierung der transnationalen Parteienfamilie spielten für die deutschen Grünen keine Rolle. Der tatsächliche Beitritt ist in einer Weise vor sich gegangen, die keinerlei Aufbruch versprach. Die Partei hat den Beitritt nicht wirklich unterstützt. Das zeigt die Chronologie, das lässt sich aber auch an den Begriffen in der innerparteilichen Auseinandersetzung festmachen, die seltsam veraltet erscheinen und noch vom Anfang der 1980er-Jahre herrühren. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ging es z. B. nicht mehr um die Zusammenarbeit mit der italienischen Partito Radicale.

Zur Chronologie: Vom 28. bis 30. November veranstalteten die Grünen einen europapolitischen Kongress in Köln mit dem Titel «Für ein anderes Europa» mit prominenten Rednerinnen und Rednern, unter anderem Lew Kopelew, Jürgen Fuchs, Bahman Nirumand, Freda Meissner-Blau, Johan Galtung, Milan Horáček

und Petra Kelly, und mit einem Reader, der noch heute lesenswert ist. Der Kongress unterstrich die friedenspolitischen Aspirationen der Grünen, die Überwindung der Blöcke des Kalten Krieges, stattdessen sollten Wege zu einem friedensfähigen Europa erkundet werden. Und anstelle des Europas der Europäischen Gemeinschaft sollte ein Europa der Regionen ohne Großmachtsambitionen angestrebt werden. Am Rande dieses Kongresses und im Rahmen eines Forums «Grüne Internationale oder Netzwerk» trafen sich Grüne aus 15 europäischen Staaten. Norbert Kostede vom Bundesvorstand nahm den hier geknüpften Faden auf und machte in einem Brief vom 11. Dezember 1986 an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Reihe von Vorschlägen für eine künftige vertiefte Zusammenarbeit, vor allem die Gründung einer Zeitschrift und eines verlässlichen politischen Büros. Unter die früheren Querelen sollte ein dicker Schussstrich gezogen werden. Alle Seiten sollten sich offen zeigen, denn auch die Grünen in Europa wären reformbedürftig. Unter dieser Perspektive kündigte er an, sich für einen Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa einsetzen zu wollen. Im Januar 1987 kam der Punkt auf die Tagesordnung des Bundesvorstandes, wurde dort aber nicht beschlossen, sondern dem Bundeshauptausschuss überwiesen, der am 14. Februar den oben abgedruckten Beitrittsbeschluss gefasst hat. Nach einer längeren Diskussion wurde, so das Protokoll, erst ein Vertagungsbeschluss abgelehnt, dann der Beitritt, der der Sache nach ein Beitrittsantrag war, auf Antrag von Lukas Beckmann mit 13 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Der nächste Schritt war die einstimmige Zustimmung der Mitgliedsparteien der Grünen in Europa bei ihrer Koordinationstagung am 7. und 8. März 1987 in Brüssel. Der Beitritt der deutschen Grünen war von Norbert Kostede in einer Presseerklärung, Dokument 2, am Vortag angekündigt worden.

Die 9. Ordentliche Bundesversammlung der Grünen vom 1. bis 3. Mai 1987 in Duisburg war das einzige Mal, dass ein Bundesparteitag mit der Frage des Beitritts befasst war, beziehungsweise hätte befasst sein können. Er hat sich nicht befasst. Ausweislich des Protokolls der Bundesversammlung wurde der als Dokument 3 abgedruckte Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus nicht behandelt. Er wurde wie alle anderen nicht behandelten Anträge an den Bundeshauptausschuss überwiesen, wurde dort aber nicht wieder behandelt. In der Substanz hätte es sich um eine Art Rückholantrag gehandelt.

In Duisburg fanden auch Nachwahlen zum Bundesvorstand statt, bei denen Norbert Kostede nicht wiedergewählt wurde, weshalb er sich nach Verlust seines Mandats von den angestoßenen europäischen Projekten zurückzog. Neuer internationaler Sekretär der Grünen wurde Jürgen Maier, der damit Vertreter der Grünen in der Europäischen Koordination der Grünen Parteien wurde. Als Sprecher der BAG Internationalismus hatte er den Duisburger Initiativantrag auf den umgehenden Wiederaustritt aus den Europäischen Grünen gestellt. Das neue Amt übernahm er ohne Scheuklappen, so mein Eindruck von seinen nun regelmäßigen Berichten von der Europäischen Koordination. Aber ein europapolitischer Aufbruch war der deutsche Beitritt nicht.